

XIX. GP-NR
Nr. 491 1J
1995 -02- 03

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. Haider, Böhacker, Dr. Partik-Pablé und Kollegen
an den Bundeskanzler

betreffend Bundesförderungen an den ehemaligen Landwirtschaftsminister Erich Schmidt

Seit ca. einem halben Jahr gibt es zur Firmengruppe des ehemaligen sozialistischen Land- und Forstwirtschaftsministers, Erich Schmidt, die insbesondere in Osteuropa aktiv wurde, Berichte über Insolvenzen. Uns ist bekannt, daß die osteuropäische Investitionsbank (Ost-europa Bank), aber auch andere namhafte österreichische Banken ihre Forderungen gegen diese Firmengruppe großteils abschreiben können und daß vor allem die Stadt Wien großzügige Haftungen auch zugunsten dieser Firmengruppe übernommen hat, für die letztlich der österreichische Steuerzahler geradestehen muß.

Ferner ist bekannt, daß aus öffentlichen Mitteln für osteuropäische Projekte direkt und indirekt Bundesförderungen großzügig gewährt werden.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen aus gegebenem Anlaß an den Bundeskanzler folgende

A N F R A G E

1. Wie hoch waren die Bundesförderungen, welche an die insolvente Firmengruppe des

genannten Ex-Ministers geleistet wurden?

2. Wer hat diese Bundesförderungen in welcher Höhe und mit welcher Besicherung vergeben?
3. Wie hoch ist aufgrund der genannten Insolvenz der Ausfall des Bundes bzw. die Haftung des Bundes?

Wien, am 3. Februar 1995